

Ausbildung von Lehrkräften im Land Brandenburg

Die GEW Brandenburg fordert:

1. Die Zahl der Studienplätze für Lehramtsstudierende an der Universität Potsdam ist den hohen zukünftigen Einstellungsbedarfen anzupassen. Konkret fordert die GEW Brandenburg, die Zahl der Studienplätze um mindestens weitere 1000 zu erhöhen. Insbesondere müssen die Studienplätze für die Primarstufe, die MINT-Fächer, sonderpädagogische Fachrichtungen sowie für die berufsbildenden Fächer deutlich ausgebaut werden.

2. Das Land Brandenburg muss die Ausbildung für

- Lehrkräfte mit sonderpädagogischen Qualifikationen für alle Förderbedarfe,
- Lehrkräfte mit den Qualifikationen für die berufsbildenden Fächer und
- Lehrkräfte für DaF und DaZ

an der Universität in Potsdam anbieten und die dafür benötigten personellen und

finanziellen Ressourcen zur Verfügung stellen.

3. Es sind Maßnahmen zu treffen, die einen wirksamen Beitrag zur Absenkung der Abbruchquote und zur Einhaltung der Regelstudienzeiten führen.

Deshalb setzt sich die GEW dafür ein, die Studienbedingungen an der Universität Potsdam auch dadurch zu verbessern, dass

- die Betreuungsrelation im Lehramtsstudium wesentlich verbessert wird (Personalaufwuchs)
- Lehrenden mehr Zeit für die Arbeit mit den Studierenden zur Verfügung steht (Lehrdeputatsverordnungen)
- fachliche, fachdidaktische und bildungswissenschaftliche Studieninhalte stärker auf die zukünftige Profession des Lehrerberufs ausgerichtet sind

4. Grundsätzlich sind endlich Maßnahmen zur Studienberatung und Studienlenkung zu entwickeln und umzusetzen, die gewährleisten, dass der reale Einstellungsbedarf an Lehrkräften für die Schulen im Land Brandenburg mittel- und langfristig realisiert werden kann. Zulassungsbeschränkungen für die Primarstufe und andere Mangelfächer sind grundsätzlich aufzuheben bzw. nicht zu erlassen. Sie sind nur dann in Anwendung zu bringen, wenn sie der Bedarfsabsicherung des Schulbereiches durch Studienlenkung dienen.

5. Grundsätzlich befürwortet die GEW Brandenburg die Wiedereinführung von Lehramtsstudiengängen. Es muss dabei sichergestellt werden, dass diese in ihrer Dauer bezogen auf die Regelstudienzeit und in den erforderlichen Leistungsnachweisen gleich sind. In diesem Prozess der Evaluierung der Ausbildung der Lehrkräfte ist es zwingend geboten, dass die erziehungswissenschaftlichen, diagnostischen, psychologischen und fachdidaktischen Studienanteile deutlich ausgeweitet werden. An der Universität Potsdam sind die dafür benötigten Stellen zu schaffen. Es ist zugleich zu prüfen, ob das bestehende Zentrum für Lehrerbildung zu einer erziehungswissenschaftlichen Fakultät weiterentwickelt bzw. umgewandelt werden kann.

6. Neben dem bestehenden Angebot des Erwerbs des Lehramts an berufsbildenden Schulen ist ein einphasiges und duales Masterstudium mit integrierter zweiter Phase im Studienseminar als zusätzliche Möglichkeit einzuführen.

7. Die drei Phasen der Lehrer*innenbildung (Studium, Vorbereitungsdienst, Berufseingangsphase) müssen verzahnt werden. Ohne deren enge Verzahnung und qualitative Weiterentwicklung geht die Verkürzung des Vorbereitungsdienstes zu Lasten der Qualität. Insbesondere den Schulen sind zusätzliche zeitliche Ressourcen zur Begleitung der Lehrkräfte in Ausbildung zur Verfügung zu stellen. Schulen, die über keine vollständig ausgebildeten Lehrkräfte verfügen, können nicht Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst begleiten. Den Einsatz von Lehrkräften mit Seiteneinstieg ohne Lehramtsbefähigung als Begleitung von Lehrkräften in Ausbildung lehnt die GEW Brandenburg ab.

8. Die Verkürzung des Vorbereitungsdienstes auf 12 Monate wird den Anforderungen zur Vorbereitung der jungen Lehrkräfte auf die schulische Praxis nicht gerecht und wird weiterhin von der GEW Brandenburg abgelehnt. Der Vorbereitungsdienst sollte für alle Lehrkräfte in Ausbildung für alle Schulformen 24 Monate umfassen, wie dies fast alle anderen Bundesländer geregelt haben. Eine Flexibilisierung der Ausbildungszeit des Vorbereitungsdienstes sollte ausschließlich durch eine Möglichkeit der Antragstellung auf Verkürzung bis zu 12 Monaten durch die Lehrkräfte in Ausbildung selbst erfolgen können. Im Sinne einer einheitlichen Laufbahn für Lehrkräfte sollte die Bezeichnung für den Vorbereitungsdienst als „Referendariat“ erfolgen. Daraus folgt, dass auch die Amtsbezeichnung der Lehrkräfte in Ausbildung „Referendarin“ und „Referendar“ ist.

9. Die Stellen für den Vorbereitungsdienst müssen um mindestens weitere 300 erhöht werden. Gleichzeitig ist es unverzichtbar, die Attraktivität des Vorbereitungsdienstes im Land Brandenburg zu erhöhen. Bestandteil der Attraktivitätserhöhung ist auch eine Erhöhung der Einkommen im Vorbereitungsdienst (Referendariat). Dazu gehört auch, dass die Interessenvertretung der Lehrkräfte in Ausbildung durch einen eigenständigen Personalrat wahrgenommen und das Landespersonalvertretungsgesetz entsprechend novelliert wird.

10. Die Anzahl der staatlichen Studienseminare muss erhöht werden. In jedem staatlichen Schulamt ist ein Studienseminar einzurichten. Dabei ist eine enge Verzahnung der staatlichen Studienseminare mit den staatlichen Schulämtern von grundlegender Bedeutung. Nur so ist eine notwendige und angemessene Betreuung und Begleitung der Lehrkräfte in Ausbildung vor Ort zu organisieren und zu gewährleisten. Eine qualitativ hochwertige Ausbildung vor Ort im Vorbereitungsdienst ist zugleich eine wirksame Möglichkeit, gut qualifizierte junge Lehrkräfte in den Regionen zu binden und für einen Einsatz in den Schulen zu gewinnen.

11. Gleichzeitig ist es unabdingbar, die Anzahl der in den einzelnen Phasen der Ausbildung der Lehrkräfte eingesetzten Beschäftigten spürbar und nachhaltig zu erhöhen. Besonders muss den Schulen die notwendige Unterstützung bei der Ausbildung der zukünftigen Lehrkräfte gewährt werden. Dazu gehört auch, dass die Tätigkeiten in der Ausbildung der Lehrkräfte besser materiell anerkannt und wertgeschätzt werden müssen. In diesem Zusammenhang sind Funktionsämter auszubringen und ein pensionswirksames Zulagensystem zu entwickeln.

12. Grundsätzlich fordert die GEW Brandenburg die Einführung eines attraktiven Stipendienprogrammes für Lehramtsstudierende über die gesamte Studiendauer, das

an die Bereitschaft zu einem zeitlich befristeten Einsatz in den Schulen des Landes Brandenburg in allen Bedarfsregionen geknüpft ist.